



TEAM STRONACH für Österreich

Grundsatzprogramm

Unsere Grundeinstellung

„Für uns ist es eine Ehre, unserem Land zu dienen!

Wir sind eine weltoffene, heimatverbundene, sozialökonomische, politische Bewegung. Wir stehen für Wahrheit, Transparenz und Fairness.

Wir wollen die Demokratie stärken, wir planen eine schuldenfreie Zukunft, wir bauen auf Wirtschaftswachstum. Ein neues, gerechtes Steuersystem und eine angemessene, effiziente Verwaltung sind unsere Bausteine für einen modernen Staat.

Wir wollen Arbeitsplätze in Österreich erhalten und Rahmenbedingungen für neue, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, um damit den Wohlstand auch für künftige Generationen zu sichern.

Wir wollen Österreich in einem wirtschaftlich gesunden und demokratischen Europa souveräner Staaten gut und sicher positionieren.

Wir verpflichten uns zu einem Ehrenkodex, aufgebaut auf den Werten Wahrheit, Transparenz und Fairness. Wir akzeptieren nur politisch Verantwortliche in unseren Reihen, die unsere Werte und Prinzipien teilen.

Team Stronach
Grundsatzprogramm

Schwerpunkte

Inhalt

1. Wer wir sind!	3
1.1. Vorwort.....	3
1.2. Unsere zentralen Werte	3
1.2.1. Wahrheit	3
1.2.2. Transparenz.....	4
1.2.3. Fairness	4
1.3. Wir treten an, um Österreich nachhaltig zu verändern!.....	5
1.4. Wir geben ein Bekenntnis für die Wirtschaft ab!.....	5
1.5. Leitlinien für unser Grundsatzprogramm	6
2. Unsere Themen	9
2.1. Schulden	9
2.2. Verwaltungsreform.....	9
2.3. Demokratiereform	10
2.4. Steuerreform	11
2.4.1. Arbeitnehmer	12
2.5. Justiz.....	12
2.7. Europa und Euro.....	13
2.8. Bildung	15
2.9. Jugend	17
2.10. Kultur.....	18
2.11. Sport	18
2.12. Gesundheit.....	19
2.13. Pensionen	20
2.14. Soziales	21
2.15. Familie und Gesellschaft	22
2.16. Umwelt	23
2.17. Sicherheit.....	24
2.18. Landesverteidigung	25
2.19. Landwirtschaft.....	26
2.20. Ländlicher Raum.....	27
2.21. Verkehr und Infrastruktur.....	28

1. Wer wir sind!

1.1. Vorwort

Wir dienen Österreich, indem wir es auf einen guten Weg bringen! Wir wollen die Herausforderungen der Zeit mutig angehen. Wir verpflichten uns zum Einsatz für ein besseres Österreich. Unsere politische Bewegung wird das erstarrte österreichische Parteiensystem von innen reformieren. Österreich braucht wieder Politiker, die bereit sind, sich gemeinsam für notwendige Veränderungen einzusetzen - aus Liebe zur Heimat! Im Team Stronach ist willkommen, wer sich mit ganzem Herzen in den Dienst der Sache stellt. Wir wollen eine neue Generation von Politikern für Österreich, die nach wirtschaftlichen und sozialökonomischen Grundsätzen handeln. Unterstützung holen wir uns von einem unabhängigen Weisenrat von Experten, der uns mit seinem Wissen beratend zur Seite steht. So können wir den Wohlstand auch für unsere nachfolgenden Generationen sichern. Wir laden alle ein, gemeinsam mit uns an einem besseren Österreich zu arbeiten.

1.2. Unsere zentralen Werte

1.2.1. Wahrheit

Nur wer die Wahrheit kennt, hat die Chance, gute und richtige Entscheidungen zu treffen. Wir haben den Mut, die Wahrheit zu sagen! Wir sind davon überzeugt, dass den Menschen die Wahrheit zumutbar ist. Eine Wahl ohne ausreichende Informationen über die Folgen politischer Entscheidungen ist keine gute Wahl und deshalb zutiefst undemokratisch. Ohne die Wahrheit zu kennen, kann die Demokratie nicht funktionieren. Eine Wahl, bei der den Bürgern die Konsequenzen ihrer Entscheidungen verschwiegen werden, ist bestenfalls scheidendemokratisch.

Für uns ist die Wahrheit der Wert, sie ist das zentrale Leitmotiv unseres Handelns!

1.2.2. Transparenz

Nur mit ausreichender Transparenz kann der Bürger die wahren Interessen der Parteien erkennen. Die Bürger haben daher das Recht, über die Verstrickungen der Parteien in verschiedenen Organisationen, Unternehmen, Banken und Bündnen aufgeklärt zu werden.

Wir wollen absolute Transparenz für alle Bereiche, die mit der Politik verbunden sind. Nur mit Transparenz können fragwürdige Einflussnahmen schnell erkannt und abgestellt werden. Transparenz schafft Vertrauen. Wenn der Bürger wieder Vertrauen in die Politik haben kann, wird er auch bereit sein, seinen Beitrag zum Wohle des Landes zu leisten. Transparenz ist für uns ein elementarer Wert. Wir gehen mit gutem Beispiel voran.

Wir fordern Transparenz in der Politik!

1.2.3. Fairness

Es widerspricht dem Prinzip der Fairness, dass Länder mit disziplinloser Haushaltsführung auf Kosten der Bürger in den ordentlich wirtschaftenden Ländern leben. Während sich die Bürger bemühen, mit ihrem erarbeiteten Einkommen den Lebensunterhalt zu bestreiten, wird das Volksvermögen für Großbanken und Pleiteländer - ohne das Volk vorher zu befragen - verschleudert. Auch der in den letzten Jahren gelebte Grundsatz, dass Gewinne von Wenigen abgeschöpft werden, Verluste aber alle zu tragen haben, widerspricht eklatant der Idee von Fairness und Gerechtigkeit.

Für uns bedeutet Fairness auch, dass jeder in unserer Gesellschaft einen Beitrag im Rahmen seiner Möglichkeiten leisten muss. Ein System, dass jemandem ermöglicht, auf Kosten anderer zu leben, obwohl er in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, ist unverantwortlich und nicht fair. Solidarität darf weder bei Staaten noch bei den Bürgern zur Einbahnstraße werden. Fairness ist: Gleiche Leistung – Gleicher Lohn! Fairness heißt auch, unverschuldet in Not geratenen zu helfen.

Fairness ist für uns die Basis politischer Entscheidungen und steht im Zentrum unseres Handelns!

1.3. Wir treten an, um Österreich nachhaltig zu verändern!

Seit dem Staatsvertrag von 1955 haben sich zwei traditionelle, ehemals große Parteien das Land untereinander aufgeteilt. In fast allen Bereichen hat die Parteipolitik ihre Finger mit im Spiel. Es herrscht Proporz! Niemand kann sich dem entziehen. Alle gesellschaftlichen Ebenen sind von der politischen Aufteilung der Republik betroffen. Der Wettbewerb um die aussichtsreichsten Ideen und die besten Köpfe ist nicht mehr gegeben. Politik wird von Interessensgruppen dominiert und zur Machterhaltung missbraucht. Großbanken, Kammern, Bünde, Verbände sowie staatliche und staatsnahe Betriebe sind ein Teil dieses Systems.

Die Politik hat ihre ureigenste Rolle aufgegeben, nämlich für das Wohl des Landes und seiner Menschen vorsorgend zu wirken. Es geht den Alt-Parteien vorwiegend um Machterhalt, Einfluss und Wählerstimmen. Leider steht für immer mehr Politiker der Eigennutz im Vordergrund. Idealismus und Einsatz für Österreich sind in den Hintergrund gedrängt.

1.4. Wir geben ein Bekenntnis für die Wirtschaft ab!

Unser Programm entspricht sozialökonomischen Grundsätzen! Sie sind die Grundlage für unser Handeln in allen Bereichen. Die öffentliche Hand kann nur verteilen, was vorher erwirtschaftet wurde! Unser wirtschaftliches Credo lautet - Wohlstand schaffen statt Wohlstand verwässern! Man muss erst etwas schaffen, bevor man etwas verteilen kann. Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt ein marktwirtschaftliches System mit Wettbewerb und freiem Unternehmertum. Der Staat und seine Organe haben für ein unternehmerfreundliches Klima zu sorgen, das schon bei der Gründung von Unternehmen beginnt und bei der Beseitigung von unzeitgemäßen Wettbewerbshemmnissen noch lange nicht endet. Nur dann kann es gelingen, möglichst viele junge und motivierte Menschen davon zu überzeugen, dass es für sie und unsere Gesellschaft von größtem Nutzen ist, frei und eigenverantwortlich selbständig zu werden. Mit den richtigen Strukturen können sich Unternehmen bei fairem Wettbewerb und Konkurrenz erfolgreich entfalten und vielen Menschen im Land Arbeit geben.

Nur gesunde Unternehmen können auf Dauer Wohlstand schaffen!

1.5. Leitlinien für unser Grundsatzprogramm

Österreich zukunftsfähig gestalten

- Wir stehen für Wahrheit, Transparenz und Fairness
- Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft
- Wir wollen die Steuerzahler entlasten
- Wir wollen Arbeitsplätze in Österreich erhalten und qualifizierte Arbeitsplätze ermöglichen
- Wir wollen die Vereinfachung des Steuersystems und eine Fair Tax
- Wir wollen den Wohlstand auch für künftige Generationen erhalten und ausbauen
- Eine gesunde Wirtschaft ist die stabile Basis für das Wohlergehen unserer Gesellschaft
- Wir wollen nur so viel Verwaltung wie unbedingt nötig
- Eine schlanke und effiziente Verwaltung kann zum Wohlstand aller beitragen
- Wir wollen die Armut bekämpfen und jenen helfen, die es wirklich brauchen
- Die Würde jedes Menschen ist unabhängig von seinem sozialen Status zu bewahren
- Wir stehen für einen ausgeglichenen Haushalt und einen langfristigen Schuldenabbau
- Wir verpflichten unsere politischen Vertreter, ausschließlich einem ausgeglichenen Staatshaushalt zuzustimmen
- Wir treten für eine faire Beteiligung der Mitarbeiter am Gewinn ihres Unternehmens ein

- Wir wollen die demokratischen Strukturen verbessern und mehr direkte Demokratie ermöglichen
- Wir streben eine starke Währung an, um unsere Zukunft wieder in die eigenen Hände nehmen zu können. Nur eine starke Währung sichert auf Dauer unsere Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir wollen eine eigenständige, effiziente Landesverteidigung mit Spezialausbildung für Katastropheneinsätze verwirklichen
- Wir stehen für ein starkes Europa selbstbestimmter Staaten, um dauerhaften Frieden in Europa zu erhalten
- Wir arbeiten für ein Bildungssystem, das niemanden zurück lässt und Begabungen optimal fördert
- Wir streben eine Reform des Gesundheitswesens an, welche den Bürgern eine bessere Versorgung bei geringeren Kosten anbieten kann
- Wir sind davon überzeugt, dass unser Pensionssystem nur durch die Einführung eines Pensionskontos für die folgenden Generationen gesichert werden kann
- Wir wollen eine geregelte Zuwanderung qualifizierter Menschen nach volkswirtschaftlichen Erfordernissen
- Wir stehen für ein treffsicheres Sozialsystem
- Wir wollen die Armut bekämpfen und verlangen gleichzeitig von jedem die Bereitschaft, nach seinen Möglichkeiten zum Gemeinwohl beizutragen
- Wir wollen erreichen, dass Österreich nicht für die Schulden und Versäumnisse anderer Staaten haftet
- Wir bekennen uns dazu, dass die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit und Wohlstand in Österreich leistet

Österreichs Beitrag zu einem starken Europa

- Wir stehen für Recht und Freiheit, sie stehen vor der Politik

- Der liberale Rechtsstaat ist der beste Schutz für die Freiheit des Einzelnen
- Dem Freiheitsideal entspricht ökonomisch die Marktwirtschaft
- Wir stehen für die Grundsätze der europäischen Freiheitsidee
- Wir stehen für den Bestand Europas als Rechtsgemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten.
- Wir lehnen ein zentralistisches, planwirtschaftliches Europa ab, denn es bedroht die Freiheit
- Der Wettbewerb in Europa zwischen den Staaten muss erhalten bleiben, er ist der einzige Garant für Fortschritt und Wohlstand
- Die Finanzsouveränität der Staaten Europas muss erhalten bleiben: Kein Staat darf für einen anderen in Haftung genommen werden
- Wir stehen für eine Reform der Geldordnung und des Finanzsystems mit weniger planwirtschaftlichem Zentralismus, dafür mit mehr Wettbewerb, Demokratie und Souveränität

2. Unsere Themen

2.1. Schulden

Stündlich verschuldet sich Österreich mit 1 Million Euro!

Österreich hat einen Schuldenberg von mehr als 226 Milliarden Euro an offiziellen Schulden. Dazu kommen noch ausgelagerte Schulden und schon beschlossene Belastungen künftiger Haushalte. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 40.000 Euro. Alleine der ständig steigende Zinsendienst macht jedes Jahr über 8 Milliarden Euro aus. Die Regierung macht immer mehr Schulden und verspielt dadurch den Wohlstand seiner Bürger.

Mehr Schulden bedeuten mehr Steuern, weniger Einkommen und Wohlstandsverlust!

Niemand kann sich langfristig durch Schulden einen höheren Lebensstandard sichern. Der vermeintliche Vorteil wird zum Bumerang für die nächste Generation. Wir erwarten uns von jeder Regierung nicht mehr und nicht weniger, was auch von einem Bürger oder einem Unternehmen zu erwarten ist: Niemand kann langfristig mehr ausgeben als er einnimmt. Das ist verantwortungslos und grob fahrlässig.

Wir verpflichten unsere politischen Mandatäre, ausschließlich einem ausgeglichenen Staatshaushalt zuzustimmen!

2.2. Verwaltungsreform

Österreich leidet an einer aufgeblähten Verwaltung. Historisch gewachsene Verwaltungsstrukturen wurden nicht an moderne Erfordernisse angepasst. Verwaltung erzeugt immer neuen Bedarf an noch mehr Verwaltung, es entsteht eine Art Selbstbeschäftigungskreislauf. In Österreich ist dies besonders ausgeprägt. Das ist nicht die Schuld der Staatsbediensteten, sondern die Schuld der Regierung. Sie macht zu viele komplizierte Gesetze, die verwaltet werden müssen. Wir müssen Gesetze vereinfachen und die Verwaltung auf eine zivilisierte Art und Weise abbauen!

Nicht zeitgemäße gesetzliche Regelungen führen zu Überverwaltung. Wir müssen diese Gesetze außer Kraft setzen. Es ist zu prüfen, ob Verwaltungsebenen und Strukturen, die vor Jahrzehnten noch sinnvoll waren, eingespart werden können.

Staatsbedienstete sind ein wichtiger Teil der Lösung, da sie mit ihrem Insiderwissen in der Lage sind, gemeinsam mit uns an neuen Konzepten zu arbeiten.

Wir wollen eine schlanke und effiziente Verwaltung! Wir wollen nur so viel Verwaltung wie unbedingt nötig!

2.3. Demokratiereform

Unser politisches System ist in vielen Bereichen scheindemokratisch. Vieles beruht auf Absprachen von Parteisekretariaten, dadurch ist die Möglichkeit auf eine freie Wahl weitgehend ausgeschlossen. Politik ist sehr oft eine abgemachte Sache. Viele Bürger gehen deshalb nicht mehr zur Wahl, die Wahlbeteiligung sinkt dadurch seit Jahren. Gerade bei den Alt-Parteien bestimmen Großbanken, Bünde, Kammern und Gewerkschaften, wer auf die Wahlliste kommt und wer nicht. Der Bürger hat dabei kein Mitspracherecht und dadurch auch keine freie Wahl. Wir wollen das ändern!

Für uns ist es wichtig, dass auch schon vor der Wahl der Bürger mitreden kann. Damit wird gewährleistet, dass ein gesunder Wettbewerb letztlich zu besseren Kandidaten führt. Wir brauchen Kandidaten, die nach sozialökonomischen Grundsätzen handeln und wirtschaftliche Zusammenhänge in ihren Entscheidungen mit einbeziehen. Wir stellen Kandidaten, die unserem Land und seinen Bürgern dienen und frei von Eigeninteressen agieren. Wir setzen uns für eine Vorwahl in den Wahlkreisen ein. So kann der Bürger schon vor der Wahl mitentscheiden, wer auf die Wahlliste kommt. Wir brauchen – wie in der Wirtschaft – mehr Wettbewerb, damit die Besten in politische Funktionen gelangen.

Wir stellen Politiker, die ihre Verantwortung ernst nehmen und im Auftrag der Bürger das Beste für unser Land und seine Menschen umsetzen.

Unser Ehrenkodex stellt sicher, dass wir nur Politiker mit Verantwortungsbewusstsein in unseren Reihen akzeptieren

2.4. Steuerreform

Jeder Staat muss Steuern einheben, um jene Ausgaben tätigen zu können, die für das Gemeinwohl wichtig sind. Dabei ist genau zu beachten, welche Aufgaben gemeinschaftlich erledigt werden müssen und welche der Einzelne erfüllen kann.

Unser Grundsatz lautet: So viele Steuern wie nötig, aber so wenig wie möglich!

Österreichs Steuerrecht ist unübersichtlich, kompliziert und durch unzählige Ausnahmebestimmungen nicht rechtssicher. Steuergesetze sind in Österreich in vielen Bereichen Auslegungssache. So wird viel Geld und Zeit verschwendet, das der Wirtschaft letztlich fehlt. Wir brauchen ein einfaches Steuersystem, das jeder Bürger und Unternehmer ohne großes Spezialwissen verstehen kann. Dies würde viel Geld sparen.

Wir brauchen ein neues, transparentes und faires Steuersystem – eine Fair Tax, die das Prinzip Fairness auch im Steuerrecht verankert. Mit einer Fair Tax können wir die Steuerzahler entlasten, den Verwaltungsaufwand reduzieren, die Steuerberechnung vereinfachen und vor allem wieder mehr Gerechtigkeit im Steuersystem schaffen.

Wir brauchen ein Steuersystem, das Investitionen in Österreich begünstigt und die freie Entfaltung des Einzelnen fördert, das den Verwaltungsaufwand reduziert, Grauzonen und Schlupflöcher beseitigt. Jeder soll in der Lage sein, seine Steuerverpflichtung selbst auszurechnen. Ein Steuersystem muss Wachstum ermöglichen und Leistungsbereitschaft fördern. Leistung muss sich lohnen!

Firmen, die ihren Profit in Österreich investieren, sollen keine Steuern zahlen, denn dies schafft Arbeitsplätze. Im Gegensatz dazu sollen Firmen, die ihren Profit im Ausland investieren, die volle Fair Tax zahlen.

Der richtige Steuersatz wird sich im Laufe der Zeit finden. Man könnte die Steuer vom heutigen Niveau im Laufe der Zeit deutlich reduzieren, da gleichzeitig die Verwaltung abgebaut wird und auch Steueranreize für Unternehmen, im Inland zu investieren, bereits zu wirken beginnen.

Die Verwaltungs- und Steuerreform müssen Hand in Hand gehen. Im Laufe von wenigen Jahren könnte man den Fair Tax Steuersatz deutlich senken.

Zusätzlich zur Einführung der Fair Tax, wollen wir alle Steuern durchleuchten und Experten miteinbeziehen, um die besten Lösungen für Österreich auszuarbeiten.

Nur eine Steuer, die jeder versteht, ist eine Fair Tax!

2.4.1. Arbeitnehmer

Steueranreiz für die Beteiligung von Mitarbeitern!

Die Wirtschaft wird von drei Kräften getrieben – durch kluge Manager, fleißige Mitarbeiter und Kapital. Alle drei haben ein moralisches Recht darauf, am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg beteiligt zu sein. Wir brauchen Steueranreize für Unternehmer, die ihre Arbeiter am Gewinn teilhaben lassen. Das motiviert die Arbeiter und macht die Unternehmen wettbewerbsfähiger. Der Arbeitnehmer ist für uns das wichtigste Kapital.

Darüber hinaus treten wir für einen einheitlichen Arbeitnehmerbegriff ein. Es soll keinen Klassenunterschied zwischen Arbeitern und Angestellten geben!

Wohlstand schaffen und Armut reduzieren sind Ziele, die Hand in Hand gehen. Es ist sehr wichtig, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die Anreize dafür bieten, Wohlstand zu schaffen und Armut zu reduzieren.

Der Arbeitnehmer muss anerkannt werden!

2.5. Justiz

Die Gerichtsverfahren in Österreich dauern in der Regel viel zu lange. Daher müssen die Verfahren beschleunigt werden. Das setzt eine bessere Struktur und eine effiziente Verwaltung voraus.

Insbesondere im Strafrecht besteht Handlungsbedarf! Zur Zeit ist Staatsanwalt Ermittler und Ankläger in einer Person. Das Objektivitätsgebot ist verletzt. Es kann nicht richtig sein, dass weisungsgebundene Staatsanwälte, die eine Berichtspflicht an die jeweils übergeordnete Behörde (also an den leitenden Staatsanwalt, an den Oberstaatsanwalt oder direkt an den Justizminister) haben, ermitteln und dann selbst über eine etwaige Anklage entscheiden. Bei Fehlentscheidungen reicht eine Korrektur im Nachhinein nicht aus, um so entstandenes Unrecht gutzumachen.

Die überaus bewährte Funktion des weisungsfreien, unabhängigen Untersuchungsrichters muss wieder eingeführt werden. Seine Aufgabe war es, im Rahmen der Gesetze die Ermittlungen zu führen, den vorliegenden Sachverhalt zu klären, unparteiisch das Für und das Wider objektiv und genau abzuwägen, allenfalls neue, zusätzliche Erhebungen der Polizei anzuordnen. Nach Abschluss dieser Voruntersuchung übergibt der Untersuchungsrichter das Ergebnis seiner Arbeit an die Staatsanwaltschaft, die dann nach den Kriterien des Strafgesetzes zu beurteilen hat, ob gegen einen Beschuldigten Anklage zu erheben ist, oder ob es zur Einstellung eines Verfahrens kommen muss.

Auch die Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte muss in Frage gestellt werden. Verfahren dürfen nicht aus politischer Motivation eingeleitet oder eingestellt werden.

Für eine unabhängige und effiziente Rechtsprechung!

2.7. Europa und Euro

Wir sind überzeugte Europäer! Für uns ist die Europäische Union ein Friedensprojekt, das große Leistungen erbracht hat. Frieden ist die unverzichtbare Basis für Wohlstand und gesellschaftliche Entwicklung.

Wir begrüßen den freien Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Allerdings lehnen wir jede Art der Zentralisierung und Abschaffung der nationalen Souveränität entschieden ab! Für uns steht das friedliche Miteinander der selbstbestimmten Mitgliedsstaaten an oberster Stelle. Dafür braucht es keine Zentralisierung und auch keine „Vereinigten Staaten von Europa“. Jede Zentralisierung geht zu Lasten von Wettbewerb und Wohlstand. Wir wollen unsere Eigenständigkeit erhalten und ausbauen.

Das jetzige Geldsystem funktioniert nicht. Es wird zu viel Geld gedruckt, sowohl in Europa als auch in den USA. Aber die Bürger wissen, dass heute fast alles teurer ist, als zu Schilling-Zeiten. Der Wert des Euro nimmt tendenziell längerfristig ab, und weitere Abwertungen sind zu erwarten.

Durch die Einführung der Währungsunion wurden die Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Länder nicht ausgeglichen und beseitigt, sondern vertieft.

Eine Lösung für die gegenwärtige Währungs- und Wirtschaftskrise ist folgende:

Jedes Land im Währungsverbund könnte seinen eigenen Euro haben. Die Österreicher also einen österreichischen Euro, die Italiener einen italienischen Euro, die Griechen einen griechischen Euro und die deutschen einen deutschen Euro. Man würde annehmen, dass der deutsche Euro als Bemessungsgrundlage mit der Werteinheit 1 zu bewerten ist. Jedes Land würde – gemessen an seiner Wirtschaftskraft – seinen eigenen Euro mit einem bestimmten Wert im Vergleich zum deutschen Euro bewerten. Durch ein System der flexiblen Wechselkurse würde der Markt seine Balance finden und – je nachdem wie gut oder schlecht ein Land wirtschaftet – seinen Euro entsprechend auf- oder abwerten. Man könnte die maximale Bandbreite, in welcher auf- bzw. abgewertet wird, festlegen, um das Risiko von Spekulationen gegen eine bestimmte Euro-Währung möglichst einzudämmen.

Es sollte eine europäische Kontrolleinrichtung geben, die die Geldmenge für die einzelnen Staaten wie gewünscht zur Verfügung stellt und gleichzeitig alle anderen Mitgliedsstaaten über die Geldmenge informiert. Die Daten müssen immer allen Mitgliedsstaaten zugänglich gemacht werden, damit sich der richtige Marktpreis der Währung bilden kann.

Jedes Land hätte also die Möglichkeit, selbstständig zu entscheiden, ob es seine Geldmenge ausweitet. Damit kann jedes Land seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern und seine eigene wirtschaftliche Kraft bestimmen.

Als Übergangsphase ist denkbar, dass die wirtschaftsstarken Länder den Südländern Geld ausschließlich für den Import von notwendigen Gütern, wie z.B. Rohstoffen oder Lebensmitteln, geben, damit in den betroffenen Ländern die Wirtschaft nicht zusammenbricht und die Grundversorgung der Bevölkerung gesichert ist. Es hat den Anschein, dass die Bürger in den Südländern den Nordländern die Schuld für ihre schlechte wirtschaftliche Situation geben, obwohl die Hauptschuld bei den Großbanken liegt, die sich auf Kosten der Steuerzahler verspekuliert haben. Unterstützung in der Übergangsphase ist aus Sicht der friedlichen Völkerverständigung absolut notwendig.

Man muss sich dessen bewusst sein, dass die derzeit existierenden Schulden unmöglich zurückgezahlt werden können. Diese Last darf aber nicht den Steuerzahlern aufgebürdet werden, sondern die Banken müssen einen Schuldenschnitt akzeptieren. Es waren schließlich die Großbanken, die in der Vergangenheit große Gewinne durch Spekulationsgeschäfte gemacht haben.

Wir kämpfen für die Wiedererlangung unserer Souveränität und wollen – frei von Bevormundung – unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen!

2.8. Bildung

Eine Volkswirtschaft, die den Wert der Bildung außer Acht lässt, verspielt ihre Wettbewerbsfähigkeit. Wir brauchen ein Bildungssystem, das im internationalen Vergleich zu den besten zählt. Wir stehen uneingeschränkt für ein Bildungssystem, das niemanden zurücklässt. Unser Schulsystem ist unausgewogen und im Durchschnitt bestenfalls mittelmäßig. Es ist zu wenig auf die Individualität der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet. Die Lehrer sind oft selbst Betroffene im System.

Jeder sollte zumindest die zentralen Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen in ausreichendem Umfang vermittelt bekommen. Ein Bildungssystem, das dazu nicht in der

Lage ist, zerstört die Zukunftsperspektiven des Einzelnen und fügt der Gemeinschaft einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zu. In Österreich beherrschen 20 Prozent der Pflichtschulabgänger die wesentlichen Kulturtechniken nicht ausreichend. Gleichzeitig zählt unser Bildungssystem zu den teuersten der Welt.

Es ist sehr wichtig, den Kindern Wissen über gesunde Ernährung und die Bedeutung von Bewegung zu vermitteln. Neben einem eigenen Schulfach Ernährungslehre sollen schon vom Kindergarten an in Bildungseinrichtungen gesunde Lebensmittel angeboten werden. Der Sportunterricht sollte ausgeweitet werden, damit würden wir unserer Jugend die Freude am Wettbewerb näherbringen. Dies könnte den jungen Menschen helfen, viele wichtige Fähigkeiten zu entwickeln, wie etwa Motivation, Verantwortung, Führungsverhalten, Teamarbeit und Ausdauer. Der langfristige soziale und auch wirtschaftliche Nutzen würde die Kosten bei weitem aufwiegen.

Wir müssen in unserem Schulsystem den Fokus auf die wichtigen Bereiche unserer Zukunft legen – Gesundheit, Technik, Wirtschaft und Umwelt sind Bereiche, die besondere Berücksichtigung im Lehrplan finden müssen. Wirtschaftliche Bildung muss als eigenes Fach schon in der Volksschule gelehrt werden. Weiters treten wir dafür ein, dass in jedem Schultyp praktisches, technisches und naturwissenschaftliches Wissen und Können vermittelt wird. Unsere Gesellschaft hat einen Mangel an technisch ausgebildeten Leuten, die einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaft und unserem Wohlstand leisten.

Wir fordern zeitgemäße Strukturen in der Schulverwaltung mit einem deutlichen Abbau der historisch gewachsenen Überverwaltung, damit mehr finanzielle Mittel für den Unterricht frei werden. Ebenso bedarf es einer Reform der Ausbildung von Lehrpersonen.

Der Schlüssel zu einem Bildungssystem, das keinen zurücklässt, lautet Individualförderung. Je früher auf die Schwächen und Defizite jedes Einzelnen eingegangen wird, desto erfolgreicher kann man gegensteuern. Niemand darf zurückgelassen werden. Die Förderung von Begabten und Hochbegabten ist eine Grundvoraussetzung, um als kleine Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Die universitäre Ausbildung hat einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Es muss für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Universitäten gesorgt werden. Neben

der staatlichen Unterstützung der Universitäten muss es für sie auch möglich sein, Studienbeiträge einzuheben. Die Höhe der Beiträge sollte sich nach dem wirtschaftlichen Bedarf orientieren. Studienrichtungen, die stark von der Wirtschaft nachgefragt werden, sollten weniger oder keinen Beitrag einheben. Studienrichtungen, die kaum oder gar nicht von der Wirtschaft nachgefragt werden, sollten höhere Studienbeiträge einheben. Dadurch entsteht ein Lenkungseffekt, der mehr Nachfrage für wirtschaftlich verwertbare Studienrichtungen erzeugt.

Unser Bildungssystem ist dringend reformbedürftig. Wenn wir nicht umgehend handeln, werden wir noch weiter zurückfallen, womit unser Wohlstand massiv gefährdet ist!

2.9. Jugend

Jeder Jugendliche soll die bestmögliche Ausbildung bekommen. Wir wollen alle Hindernisse beseitigen, die einer optimalen Ausbildung entgegenstehen. Jeder muss entsprechend seiner Fähigkeiten Zugang zu den Bildungseinrichtungen vorfinden.

Bis zum Abschluss des 16. Lebensjahres hat der Staat die Verantwortung, den Jugendlichen die Kulturtechniken beizubringen, sowie bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Ausbildung zu ermöglichen.

Wir wollen neben einer bestmöglichen Ausbildung auch ein breites Angebot an Freizeitbeschäftigungen fördern, insbesondere Zugang zu Sporteinrichtungen. Jugendliche sollen sich vor allem sportlich oder kulturell betätigen können.

Wir streben ein einheitliches Jugendschutzgesetz an, das von überflüssigen Paragraphen befreit wird und die Bedürfnisse der Jugendlichen bundeseinheitlich berücksichtigt.

Die Jugend ist das größte Kapital einer Gesellschaft und muss deshalb gefördert, gefordert und unterstützt werden!

2.10. Kultur

Österreich ist eine bedeutende Kulturnation, deren Wurzeln tief in die Vergangenheit zurück reichen. Sie ist seit vielen Jahrhunderten mit anderen europäischen Kulturen verbunden und hat großartige Leistungen besonders in der Musik, aber auch in der darstellenden Kunst, der Literatur und der Baukunst hervorgebracht. Viele große, weltweit beachtete Veranstaltungen geben davon ebenfalls Zeugnis wie unzählige kleinere, nicht minder bedeutende Kulturereignisse, die das heutige rege Kulturleben und –schaffen Österreichs manifestieren.

Die Erhaltung, Erforschung, Vermittlung und Präsentation des kulturellen Erbes in allen Bereichen der Hoch- und Volkskultur sowie zeitgenössischer Kunst- und Kulturformen ist eine bedeutende Aufgabe.

Kultur ist nicht Selbstzweck. Sie richtet sich stets auch in unterschiedlicher Weise an die Gesellschaft. Ob als identitätsstiftender Faktor, als Spiegelbild der Lebenshaltung, als Provokation, oder als reine Konsumation im Sinne von „Kulturgenuss“. Die Bevölkerung ist stets aktiver oder passiver Teilnehmer und Teilhaber. Deshalb entscheidet sie auch wesentlich mit, was sie als kulturelle Äußerung annimmt. Das kulturelle Angebot muss deshalb auch von einem entsprechenden Eigenfinanzierungsanteil getragen sein, der das Interesse der Bevölkerung widerspiegelt.

Privates Sponsoring in Österreich sollte man von der Steuer absetzen können, sofern die Mittel nicht gewinnorientierten und in Österreich engagierten Kultur-, Sport- und Sozialvereinen mit ordentlicher Buchführung zugutekommen.

Kunst und Kultur sind zentrale Identitätsstifter in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft!

2.11. Sport

Österreich zählt in manchen Sportarten zur absoluten Weltspitze, und das nicht nur in regional betriebenen. Auch in weltweit ausgeübten Sportarten bringt Österreich immer wieder Spitzenathleten hervor. Um auch weiterhin im internationalen Sportgeschehen an

vorderster Front dabei sein zu können, sind einige grundlegende Strukturänderungen von Nöten.

Bereits in den Kindergärten und Volksschulen sollen gezielt ausgebildete Turn- und Sportlehrer zur Frühförderung der Kinder herangezogen werden. Begabungen müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden, um im Spitzensport langfristig erfolgreich sein zu können. Wir wollen Spezialakademien für besonders begabte Sportler.

Ein weiteres großes Ziel für uns ist die Entpolitisierung der Vereine und Verbände. Der parteipolitische Einfluss ist ein großer Hemmschuh, der endlich abgelegt werden muss. Weiters ist es uns auch im Sport ein Anliegen, dass Fördergelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Auch hier sollen – vergleichbar zur Kultur – Sponsorgelder, die Non-Profit-Vereinen mit ordentlicher Buchführung zu Gute kommen, steuerfrei sein.

Da der Sport eine Grundvoraussetzung für bessere Gesundheit darstellt, ist es notwendig, ein ausreichend großes Sportstättenangebot zur Verfügung zu stellen. Der Breitensport ist die Grundlage für gesunde Menschen, und die Spitzenathleten sind ein Aushängeschild für jedes Land.

Sport ist Gesundheitsgarant für die Gesellschaft und Aushängeschild eines Landes!

2.12. Gesundheit

Die Gesundheit ist das wertvollste Gut eines jeden Menschen. Es steht weit über allen materiellen Dingen. So ist auch das Gesundheitssystem eines der wichtigsten Fundamente eines Landes, das jedoch bei uns von unzähligen Verwaltungsebenen überverwaltet wird. So wird viel Geld verschwendet, das dann im Gesundheitswesen und damit den Bürgern fehlt.

Das Gesundheitssystem muss langfristig finanzierbar bleiben und für die österreichische Bevölkerung die optimale Versorgung sicherstellen. Die Grundversorgung muss in einem einheitlichen staatlichen Gesundheitssystem überall gewährleistet sein und privater Wettbewerb soll zugelassen werden.

Der Staat soll öffentliche Preise bestimmen, zu denen sowohl Diagnose als auch Behandlung im öffentlichen System angeboten werden. Jeder private Anbieter soll – natürlich unter strengen Qualitätsregeln und auf eigene Kosten – genauso Diagnose und Behandlung anbieten können. Er soll dabei einen gewissen Prozentsatz seiner Leistung der Öffentlichkeit zu öffentlichen Preisen anbieten, kann aber auch seine gesamte Leistung der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Der Bürger soll das Recht haben, dort hinzugehen, wo er glaubt, dass die Leistung am besten ist. Durch den Wettbewerb sinken die Preise und die Qualität der Leistung steigt.

Durch den demografischen Wandel ist ein Gesundheitssystem, das sich fast ausschließlich auf die Wiederherstellung von Gesundheit spezialisiert hat, nicht mehr finanzierbar. Nur durch eine Verlagerung der Bemühungen darauf, die Bevölkerung gesund zu erhalten, wird eine weitere Explosion der Gesundheitskosten angewandt.

Neben den Anstrengungen im Bereich der Gesundheitserhaltung muss insbesondere im Bereich der Vorbeugung und in der Gesundheitswiederherstellung einiges verbessert werden. Eine Reform des Gesundheitssystems ist über den direkten Nutzen für jeden Einzelnen hinaus schon aus Kostengründen unumgänglich.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch unsere Kinder noch ein leistbares, qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem zur Verfügung haben!

2.13. Pensionen

Unser Pensionssystem befindet sich vor dem Zusammenbruch! Immer mehr Pensionisten stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber. Die Lebenserwartung der Leistungsempfänger steigt zum Glück jedes Jahr an, verschärft aber dadurch den Kostendruck zusätzlich. Alle Pensionsexperten schlagen schon seit Jahrzehnten Alarm. Wenn unser Pensionssystem für uns und unsere Kinder noch funktionieren soll, müssen wir sofort Maßnahmen einleiten, um es langfristig zu erhalten.

Das jetzige System ist unfair und intransparent. Es soll keine Klassenunterschiede von Bürgern geben, für alle Arbeitnehmer – also Arbeiter, Angestellte und Beamte – sollen

grundsätzlich die gleichen Regeln gelten, so wie für alle auch die Menschenrechte gleichermaßen gelten.

In erster Linie müssen Anreize geschaffen werden, um das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche heranzuführen. In weiterer Folge muss ein Pensionskonto eingeführt werden, das auf die demografischen Entwicklungen Rücksicht nimmt und viele Menschen zum Arbeiten jenseits der 65 Jahre motiviert. Ferner muss die Höhe der Pension auf die statistisch zu erwartende Lebenserwartung Rücksicht nehmen.

Ein Pensionskonto ermöglicht jedem selbst zu entscheiden, wann er in Pension gehen will. Auch die Pensionshöhe ist dadurch absolut transparent und hilft die individuelle Lebensplanung in Eigenverantwortung zu steuern. Durch ein Pensionskonto wird gewährleistet, dass der Pensionsanspruch von jedem einzelnen selbst erwirtschaftet wurde. Durch das Pensionskonto wird die Eigenverantwortung des Einzelnen gestärkt, das System langfristig erhalten und ein zu früher Pensionsantritt unattraktiv.

Um dem Pensionskonto zum Durchbruch zu verhelfen, müssen im Bereich Gesundheit und Arbeitsmarkt flankierende Maßnahmen gesetzt werden. Ein tendenziell längerer Verbleib im Erwerbsleben setzt sowohl gute Gesundheit als auch einen verfügbaren Arbeitsplatz voraus. Vor allem in diesen Bereichen sind besondere Anstrengungen notwendig.

Unser künftiges Pensionssystem soll fair, transparent und vor allem sicher sein!

2.14. Soziales

Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns! Es ist eine Schande, dass in einem wohlhabenden Land wie Österreich immer mehr Menschen von existenzieller Armut betroffen sind. Nicht nur Alleinerziehende, mittlerweile können sich auch immer mehr Pensionisten, aber auch Jungfamilien, teilzeit-, und sogar vollzeitbeschäftigte Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr ausreichend finanzieren.

Die Würde jedes Menschen ist unabhängig von seinem sozialen Status zu bewahren!

Wir bekennen uns zu einer Grundversorgung für alle in Österreich lebenden Menschen. Wir wollen, dass die Sozialleistungen dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Deshalb muss die Treffsicherheit im System gewährleistet sein. Wir brauchen Transparenz im System, um zu erkennen, wo reeller Bedarf besteht, wo finanzielle Hilfe notwendig ist.

Jeder Bürger ist dahingehend zu motivieren, entsprechend seiner Möglichkeiten einen Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft zu leisten. Transfer- und Sozialleistungen dürfen nicht dazu führen, mögliche Beschäftigungen nicht anzunehmen, weil sich dadurch die finanzielle Situation nicht wesentlich verändert.

Die Eigenverantwortung muss wieder stärker ins gesellschaftspolitische Bewusstsein gerückt werden!

2.15. Familie und Gesellschaft

Die Familie ist der Kern und die Keimzelle der Gesellschaft. Sie ist die kleinste natürliche Form der Gemeinschaft. In der Familie lernen wir zu vertrauen, zu lieben, die Meinung anderer zu akzeptieren, Verantwortung zu übernehmen, Kompromisse einzugehen, Autoritäten zu respektieren aber auch, uns von Autoritäten zu emanzipieren.

In vielen entwickelten Volkswirtschaften fehlt es an Nachwuchs, so auch in Österreich. Die Geburtenrate sinkt immer weiter und die Überalterung der Gesellschaft ist nicht aufzuhalten. Trotz vieler familienfreundlicher Förderungen ist der Trend zu weniger Kindern ungebrochen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht sind deshalb zwei Überlegungen anzustellen: Wie können wir den Geburtenrückgang stoppen und wie gleichen wir die geburtenschwachen Jahrgänge der Vergangenheit am Arbeitsmarkt der Zukunft aus?

Wir brauchen rechtliche, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen, die es den Bürgern, die gerne Kinder bekommen möchten, ermöglichen sollen, diese Entscheidung frei von wirtschaftlichen und sozialen Zwängen zu treffen. Eltern müssen frei entscheiden können, wie sie ihren Haushalt führen, wie sie ihre Kinder bis zur Schulpflicht erziehen, wie

sie sich die verschiedenen familiären Aufgaben untereinander aufteilen und welche staatlichen oder privaten Einrichtungen sie gerne zu einer etwaigen Unterstützung nutzen möchten. Alleinerziehende brauchen entsprechende Unterstützung.

Wir treten auch für eine sinnvolle und gesteuerte Zuwanderung ein. Wobei der Ansatz der Vergangenheit, durch Zuwanderung in erster Linie die Lebensumstände der Zuwanderer zu verbessern, überholt ist. Zuwanderung soll, wie in vielen anderen Ländern, nach Bedarf organisiert werden. Zuwandern kann, wer in Österreich gebraucht wird und einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann. In diesem Zusammenhang muss von jedem Zuwanderer eine grundsätzliche Leistungsbereitschaft erwartet werden. Zuwanderung, ohne einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, ist abzulehnen.

Der Bereich Asyl muss strenger gehandhabt werden, um zu verhindern, dass Menschen ohne ausreichenden Asylgrund in Österreich verbleiben. Asylverfahren sind beschleunigt und konsequent zu handhaben.

Jeder soll sich ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten für Kinder entscheiden können! Zuwanderung muss fair und geregelt ablaufen!

2.16. Umwelt

Umweltpolitik ist kein Nischenthema mehr. Umweltpolitik lässt sich auch nicht auf eine politische Farbe konzentrieren. Umweltpolitik ist heute vielfältiger denn je zuvor. Unsere unmittelbare Lebensumgebung verdient größte Aufmerksamkeit, jenseits allen politischen Hickhacks.

Unsere Gesellschaft muss ein neues Verständnis für die Umweltpolitik entwickeln muss. Österreich, das in besonderem Maße von Energieimporten abhängig ist, sollte eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn es um erneuerbare Energien geht. Hierbei handelt es sich nämlich auch um einen der Wirtschaftszweige, die das größte Zukunftspotenzial aufweisen. Für die Umwelt, die Beschäftigung, das Wachstum und die Wertschöpfung lohnt sich heimische Energiegewinnung in besonderem Maße. Wir können zu einem Vorzeigeland bei der Nutzung heimischer Energieressourcen werden und dabei auch wirtschaftlich gewinnen.

Mit einem klugen Energiekonzept könnten wir einen Großteil der jährlichen Energieimporte von vielen Millionen Euro einsparen und mit nationaler Energiegewinnung Wachstum und Beschäftigung sichern. Daher setzen wir besonders auf erneuerbare Energie, da wir auf die sinnlosen und teuren CO₂-Zertifikate verzichten wollen.

Umwelt ist immer auch der ganz persönliche Lebensbereich. Es gibt auch die lokale Verpflichtung, für den Schutz unserer Lebensumgebung einzutreten. Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Schönheit unseres Landes bedeutet nicht nur ein Mehr an Lebensqualität für uns, sondern ist auch für viele Gäste aus anderen Ländern einer der wesentlichsten Gründe dafür, Österreich als Urlaubsdestination zu wählen.

Die heimische Energiegewinnung ist ein Weg zu mehr Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung und Unabhängigkeit!

2.17. Sicherheit

Eine der wichtigsten Kernaufgaben des Staates ist es, für Sicherheit zu sorgen. Jeder Bürger kann erwarten, dass der Staat die Gesetze konsequent überwacht und seine Bürger vor Verbrechen schützt. Ein Staat, der diese Kernaufgabe nicht oder nicht ausreichend erfüllt, verliert das Vertrauen der Bürger. Die Sicherheitslage in Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verschlechtert. Einsparungen, der Wegfall von Grenzkontrollen und Organisationsschwierigkeiten haben dazu geführt, dass die Polizei ihren Aufgaben immer weniger nachkommen kann. Wir wollen die Polizei von allem entlasten, was nicht der Erhaltung der inneren Sicherheit dient.

Für uns ist eine starke Präsenz der Exekutive auch in den Nachtstunden eine wichtige Voraussetzung für mehr Sicherheit. Mehr als zwei Drittel aller Polizeieinsätze entfallen auf die Ahndung von Verwaltungsübertretungen, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Lärmbelästigungen und Falschparken binden sehr viel Kapazität und könnten zu geringeren Kosten von einem Ordnungsdienst übernommen werden.

Aus diesem Grund streben wir einen unbewaffneten Ordnungsdienst an, der mit einer kurzen aber ausreichenden Ausbildung Verwaltungsübertretungen verfolgt. Für die Polizei werden dadurch freie Kapazitäten geschaffen, die in die Verbesserung der Sicherheitslage in Österreich investiert werden können.

Auch im Verwaltungsbereich müssen moderne Organisationsstrukturen eingeführt werden. Der Exekutivbeamte, der sich stundenlang an der Schreibmaschine quält, muss der Vergangenheit angehören. Eine moderne Büroorganisation ist auch bei der Polizei anzustreben. Wir wollen eine modern organisierte Polizei, die für Recht und Ordnung sorgen kann und dem Bürger das Vertrauen in den Staat zurückgibt. Um zu mehr Sicherheit zu gelangen, dürfen modernste Fahndungs- und Aufklärungsmethoden kein Tabu sein. Das international organisierte Verbrechen hat in den letzten Jahren stark aufgerüstet.

Es ist an der Zeit, unseren Polizeiapparat wettbewerbsfähig zu machen, um dieser Herausforderung entsprechend begegnen zu können!

2.18. Dienst für die Gesellschaft und Landesverteidigung

Erfreulicherweise gibt es viele Mitglieder bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Sport- und anderen Sozialvereinen. Wir respektieren Menschen, die sich aus Idealismus und Freude an ihrem Beitrag für die Gesellschaft freiwillig und unbezahlt in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Leider ist die letzte Wirtschaftskrise noch nicht vorbei. Das Geldsystem funktioniert nicht mehr, eine Inflation steht uns wahrscheinlich bevor. Es ist wichtig schon jetzt Vorsorge dafür zu treffen, dass die Jugendlichen nach dem Schulabschluss eine sinnvolle Beschäftigung haben. Oft ist es schon jetzt schwierig für junge Menschen Arbeit zu finden.

Junge Menschen sollen sich zu einem freiwilligen, zweijährigen Wehrdienst melden können – sofern sie laut Stellung geeignet sind - während dessen Verlauf sie zum Dienst mit der Waffe, für verschiedene technische und handwerkliche Tätigkeiten aber insbesondere auch für Katastropheneinsätze ausgebildet werden sollen. Daneben muss es auch die Möglichkeit zu einem ebenso zweijährigen, freiwilligen Zivildienst geben. Beide Dienste sollen finanziell

entlohnt werden und zusätzlich zur Grundausbildung auch Weiterbildungen in zukunftssträchtigen, von der Wirtschaft nachgefragten Bereichen angeboten werden. Diese beiden Jahre sind für die Pensionszeiten anzurechnen.

Wir wollen unsere Rolle als neutrales Land innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur selbstbewusst wahrnehmen! Wir leisten einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa.

Die Aufgaben der Landesverteidigung haben sich historisch gewandelt. Es ist Zeit, darauf zu reagieren. Wir wollen mit allen Beteiligten in einen Diskussionsprozess treten, um ein möglichst schlagkräftiges und optimal einsetzbares Bundesherr zu erreichen. Wir wollen dabei einen Weisenrat mit Experten und die Bürger miteinbeziehen und deshalb einen basisdemokratischen Diskurs einleiten, der dem Bürger letztlich die Entscheidung ermöglicht. Jedenfalls wollen wir sicherstellen, dass unsere Soldaten bestmöglich und modern ausgerüstet sind. Und dies vor allem auch für Katastropheneinsätze.

Österreich ist ein demokratischer Staat im Kern von Europa und soll einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten!

2.19. Landwirtschaft

Unsere Bauern leisten mit ihrer Arbeit im ländlichen Raum einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft, zum Schutz vor Naturgefahren und zur Grundlage und Belebung des Tourismus.

Wir bekennen uns zum traditionellen Modell der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft. Ziel der Bewirtschaftung ist die Erzeugung von hochwertigen und gesunden Lebensmitteln entsprechend dem Bedarf unserer Bevölkerung und die Erhaltung der Kulturlandschaft als Voraussetzung für den Tourismus. Der Erzeugung von Rohstoffen nicht nur für die Energieproduktion kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Aufgrund des Strukturwandels im Agrarbereich sind immer mehr bäuerliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Dieser Tendenz wollen wir entschieden entgegenreten.

Der Konsument muss die Sicherheit haben, wirklich rein österreichische Produkte mit Ursprung und Verarbeitung in Österreich zu erhalten, sofern diese als solche gekennzeichnet sind.

Wir geben ein klares Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich ab und wollen, dass diese der Hauptnutznießer der Agrar-Förderungen ist. Vor allem bäuerliche Familienbetriebe sind durch steuerliche Maßnahmen zu begünstigen. Lebensfremde bürokratische EU-Zentralplanung, die die große Agrarindustrie fördert, aber kleine Familienbetriebe zunehmend vernachlässigt, darf nicht die österreichische Landwirtschaftspolitik bestimmen!

Die landwirtschaftliche Produktion muss Grundlage für das landwirtschaftliche Einkommen sein. Die seit dem EU-Beitritt überbordende Bürokratie im Bereich der Landwirtschaft ist dringend zu überprüfen und abzubauen! Bäuerliche Landwirtschaft im traditionellen Sinn muss wieder möglich sein. Die „stille Enteignung“ durch Verordnung von Schutzgebieten auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen muss entschädigt werden.

Wälder, Almen, Wiesen, Weiden, Äcker und auch nicht nutzbare Flächen gehören zur Natur- und Kulturlandschaft Österreichs und stellen einen wertvollen Schatz unseres Landes dar. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass dieser erhalten, gepflegt und auch zum Wohl aller entsprechend genutzt wird. Wir wollen dafür sorgen, dass dieses sensible Miteinander auch in Zukunft gewährleistet ist und Rechte und Pflichten fair und transparent wahrgenommen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die bäuerliche Landwirtschaft in Österreich Rahmenbedingungen vorfindet, die eine flächendeckende Bewirtschaftung ermöglichen!

2.20. Ländlicher Raum

Der ländliche Raum hat gegenüber dem städtischen in der modernen Wirtschaft wesentliche Standortnachteile. Fehlentwicklungen der Vergangenheit höhlen den ländlichen Raum Schritt für Schritt aus. (Postämter, Schulen, Polizeidienststellen, Nahversorger...).

Die Wettbewerbsnachteile spiegeln sich aber auch gegenüber den Städten und deren Umlandgemeinden bei Bildungsangeboten, Arbeitsplätzen, kulturellen Einrichtungen, der Freizeitgestaltung, den Dienstleistungs- und Serviceeinrichtungen sowie beim Kaufangebot für die Konsumenten wider.

Während ländliche Regionen am Rande von Städten die Mitgewinner der Urbanisierung sind, beginnen in den Tälern und entlegenen Gebieten Strukturen so weit zusammenzubrechen, dass es zu einer tatsächlichen Entsiedelung kommt. Wir streben deshalb einen gerechten Finanzausgleich an, der ländliche Regionen stärkt. Die Infrastruktur im ländlichen Raum muss auch in Zukunft erhalten bleiben, damit auch die Erhaltung, Pflege und Nutzung der Kulturlandschaft gewährleistet bleibt.

Wir setzen uns für die Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raumes ein, damit er auch in Zukunft als Siedlungsraum für alle Generationen dient!

2.21. Verkehr und Infrastruktur

Verkehrswege gehören zu den elementaren Voraussetzungen einer gedeihlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Österreich liegt im Herzen Europas, ist flächenmäßig ein relativ kleiner Staat, der mit unzähligen schönen Natur- und Kulturlandschaften, sowie mit reizvollen Dörfern und schönen Städten gesegnet ist. Daher ist bei allen Verkehrsmaßnahmen sowohl auf ökologische Erfordernisse als auch auf eine angemessene Gestaltung von nötigen Eingriffen grundsätzlich besonders Bedacht zu nehmen. Als hoch entwickelter Staat mit bedeutender Exportwirtschaft ist Österreich auf ein zeitgemäßes und attraktives Angebot an Verkehrswegen aller Art angewiesen.

Internationale Verträge sollen auch dafür sorgen, dass die Transitbelastung unserer Verkehrswege ökonomisch und ökologisch vertretbar ist. Der Wettbewerb der Verkehrsträger soll nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgen. Steuereinnahmen, die von Verkehrsteilnehmern eingehoben werden, sollen ausschließlich dem Verkehr zur Verfügung stehen. Sie dienen zur Errichtung und Erhaltung oder zum Ausbau von Verkehrswegen und zugehörigen Einrichtungen. Eine Umverteilung von Steuereinnahmen für andere, verkehrsfremde Zwecke ist auszuschließen. Die Raumordnung hat dafür Sorge zu tragen,

dass es im Sinne der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu keiner Verschwendung von Steuermitteln im Verkehrswesen und für infrastrukturelle Maßnahmen kommt.

Unser Grundsatzprogramm ist eine Unterlage, die laufend in Arbeit ist. Wir beziehen für wichtige Themen einen Weisenrat von Experten mit ein, um die beste Lösung für Österreich auszuarbeiten.

Impressum:

**Team Stronach für Oesterreich
Magna Straße 1, 2522 Oberwaltersdorf
info@teamstronach.at
www.teamstronach.at**

Stand: September 2012, Druckfehler und Irrtümer vorbehalten

Weil Frank Stronach die Einfachheit dem Komplizierten immer vorzieht, verwenden wir Begriffe wie Österreicher, Arbeiter, Unternehmer und Bürger in der geläufigen Form, meinen damit aber selbstverständlich Menschen beiderlei Geschlechts.